

Doppelt gestoppt

Jetzt ist es in Hornow-Wadelsdorf also zum Äußersten gekommen: Nach dem Bürgerbegehren, das ja wohl zum Ziel hatte, die schon sehr weit gediehenen Eingemeindungsbestrebungen nach Spremberg zu stoppen, wird nun das Bürgerbegehren seinerseits durch die Gemeindevertretung gestoppt. Zurück bleibt eine vertrackte Situation, die vielleicht am Ende nur durch ein Gericht geklärt werden kann.

Denn sollte es zu einer Klage der Bürgerbegehren-Initiatoren vor dem Verwaltungsgericht kommen, müssen während dieser Zeit alle Aktivitäten zum Thema Eingemeindung ruhen. Sowohl in Richtung Spremberg, aber auch in Richtung Großgemeinde. Das kann sehr lange dauern und wäre schmerzhaft für die Verhandlungspartner Hornow-Wadelsdorf und Spremberg, wo jetzt nach monatelangen Verhandlungen endlich ein unterschiftsreifer Eingliederungsvertrag vorliegt.

Hornow lehnt Bürgerbegehren ab

Gemeindevertreter entscheiden sich mehrheitlich gegen die Zulassung des Antrages

HORNOW-WADELSDORF Nach einer kontroversen Debatte haben die Gemeindevertreter von Hornow-Wadelsdorf am Dienstag das im April eingereichte Bürgerbegehren mit 119 gültigen Unterschriften zur Durchführung eines Bürgerentscheides mehrheitlich abgeschmettert. Sechs von acht Gemeindevertretern stimmten gegen eine Zulassung des Bürgerentscheids. Nun ist offen, ob die Initiativgruppe des Begehrens ihrerseits gegen diese Absage vor Gericht zieht. Hoch emotional und hitzig ist am Dienstagabend die Diskussion im Hornower Schloss geführt worden. Dass die Einwohner zur Frage der Dorfzukunft seit Wochen in zwei Lager geteilt sind, war schon allein an der Sitzordnung in den Zuschauerrängen zu erkennen. Rechts die Befürworter einer Eingliederung in die Stadt Spremberg, mit der in den vergangenen eineinhalb Jahren verhandelt und bereits ein unterschiftsreifer Vertrag ausgearbeitet wurde. Links die kleinere Gruppe der Bürger, die diese Eingliederung unbedingt verhindern und stattdessen die Eigenständigkeit der Gemeinde Hornow-Wadelsdorf bewahren will. Dazwischen eine Sicherheitszone von zwei leeren Stühlen . . .

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens fordern die Durchführung eines Bürgerentscheides zu der Frage: "Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Hornow-Wadelsdorf eine eigenständige Gemeinde bleibt?" 121 Einwohner hatten diesen Antrag auf Bürgerentscheid unterzeichnet. "Davon waren 119 Unterschriften gültig – das sind immerhin 23 Prozent der insgesamt 513 Wahlberechtigten", erklärte Mike Lenke, Wahlleiter des Amtes Döbern-Land. "Rein formell ist das Bürgerbegehren damit nicht zu beanstanden und sollte deshalb auch zugelassen werden. Es ist ein legitimes demokratisches Grundrecht", empfahl er der Gemeindevertretung.

Doch diese entschied sich am Dienstagabend anders. Sechs von insgesamt acht Gemeindevertretern versagten dem Bürgerentscheid die Zustimmung. "Die Fragestellung des Bürgerentscheides ist doch absoluter Quatsch. Wir sind doch schon lange keine eigenständige Gemeinde mehr, sondern eine amtsangehörige Gemeinde und wurden nach der Auflösung des Amtes Hornow-Simmersdorf dem Amt Döbern-Land zugeschlagen", erinnerte Gemeindevertreter Robert Hänchen an die Geschichte. "Es gibt nur noch wenige Dinge, die wir selbst entscheiden und wir müssen eine stattliche Amtsumlage dafür zahlen", ergänzte er.

"Arglistige Täuschung"

Thomas Krautz wies darauf hin, dass Hornow-Wadelsdorf durch den Bürgerentscheid in allen Aktivitäten zur Gemeindeneugliederung weit zurückgeworfen würde und Bürgermeisterin Antoinette Leesker sah in dem Vorstoß der Initiatoren sogar eine "arglistige Täuschung" der Bürger. "Wie anders soll man es sonst verstehen, dass die Initiatoren des Bürgerentscheides teils sogar in der Arbeitsgruppe zur Bildung einer Großgemeinde Döbern mitarbeiten?", fragte sie. Es widerspreche sich doch, die Eigenständigkeit zu fordern und die Großgemeinde zu forcieren.

Nach der Ablehnung des Bürgerbegehrens durch die Gemeindevertretung stehen den Antragstellern jetzt allerdings rechtliche Mittel offen. Möglich ist beispielsweise die Klage vor dem Verwaltungsgericht Cottbus. Sollte es dazu kommen, müssen sofort alle Verhandlungen auf Eis gelegt werden, die den Interessen des Bürgerbegehrens entgegenstehen – also auch die Verhandlungen mit Spremberg. Eine Entscheidung des Gerichts kann Monate, vielleicht sogar zwei Jahre dauern. "Wir prüfen derzeit die rechtliche Situation und schließen den Klageweg nicht aus", erklärte die Hornowerin Irene Nitschke, Mitinitiatorin des Bürgerbegehrens, am Mittwoch.

Zum Thema:

Wie in Hornow-Wadelsdorf haben auch in der **Gemeinde Groß Schacksdorf-Simmersdorf** Einwohner ein Bürgerbegehren zum Erhalt der politischen Eigenständigkeit initiiert und bringen damit die Pläne für eine Fusion mit Forst ins Wanken. 332 gültige Unterschriften wurden dafür gesammelt. Eine Zulassung oder Nichtzulassung (wie in Hornow) durch die Gemeindevertretung wird jedoch erst nach der Kommunalwahl im Mai entschieden.

Catrin Würz